



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

2010/2142(DEC)

1.2.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2009, Einzelplan III – Kommission und Exekutivagenturen
(SEK(2010)0963 – C7-0211/2010 – 2010/2142(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Iratxe García Pérez

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- unter Hinweis auf den Sonderbericht Nr. 17/2009 des Europäischen Rechnungshofes mit dem Titel „Aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanzierte Berufsbildungsmaßnahmen für Frauen“,
 - unter Hinweis auf die Studie zur Bewertung der Durchführbarkeit und der Optionen für die Einführung von Elementen der geschlechtsspezifischen Budgetierung in den EU-Haushaltsprozess¹,
- A. in der Erwägung, dass es in der vorstehend genannten Durchführbarkeitsstudie zur geschlechtsspezifischen Budgetierung heißt, dass die geschlechtsspezifische Budgetierung auf sämtlichen Stufen des Prozesses der Veranschlagung von Haushaltsmitteln von der Planung und Vorbereitung bis zum Audit und zur Bewertung des Haushaltsplans angewandt werden kann,
1. erinnert den Rechnungshof und die Kommission daran, dass die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen nach Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ein Grundprinzip der Europäischen Union bei allen ihren Tätigkeiten darstellt; weist deshalb darauf hin, dass auf allen Stufen des Haushaltsverfahrens einschließlich der Vorbereitung, der Ausführung und des Audits des Haushaltsplans der Europäischen Union geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden müssen;
 2. erinnert den Rechnungshof und die Kommission an die Befunde und die Empfehlungen der vorstehend genannten Durchführbarkeitsstudie zur geschlechtsspezifischen Budgetierung;
 3. begrüßt den Sonderbericht Nr. 17/2009 des Europäischen Rechnungshofes, der aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanzierte Berufsbildungsmaßnahmen für Frauen zum Gegenstand hat, und würde weitere Sonderberichte des Rechnungshofes über die Durchführung weiterer Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter begrüßen;
 4. bedauert die im Sonderbericht offengelegten zahlreichen Schwachstellen bei der Aufstellung der Maßnahmen und der Auswahl der vom Rechnungshof geprüften Vorhaben sowie die Mängel im Hinblick auf die Leistungsüberwachung bei den Programmen;
 5. nimmt die vom Rechnungshof in seinem Sonderbericht formulierten Empfehlungen zur Kenntnis, dass künftige operationelle Programme im Lichte einer Arbeitsmarktanalyse

¹ Europäische Kommission, GD Haushalt, Spezifischer Vertrag ABAC 132007 unter dem Rahmenvertrag BUDG 06/PO/01/Los 002/ABAC-101922 Schlussbericht Mai 2008 A

aufgestellt werden sollten und dass von den Mitgliedstaaten ein angemessen konzipiertes Verfahren der Projektauswahl geschaffen werden sollte;

6. fordert, dass der Rechnungshof dem Vermerk der Kommission im Jahresbericht über die Ausführung des Haushaltsplans bei den Haushaltsrubriken 4 und 13, wonach sie weiter gefasst sind und unter anderem die Politik zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter einschließen, Rechnung tragen sollte;
7. bedauert die vom Rechnungshof in seinem Jahresbericht formulierten Bemerkungen betreffend zuviel gezahlte Beträge bei der Durchführung des Vorhabens Daphne II; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Situation zu verfolgen und in der Zukunft eine ordnungsgemäße Durchführung des Programms Daphne zu gewährleisten;
8. bekräftigt seine an die Kommission und den Rechnungshof gerichtete Forderung, dass die Informationen über Maßnahmen des Gender Mainstreaming und geschlechterspezifische Daten in den Haushaltsentlastungsbericht aufgenommen werden.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	27.1.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 24 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Regina Bastos, Edit Bauer, Emine Bozkurt, Andrea Češková, Marije Cornelissen, Edite Estrela, Ilda Figueiredo, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Nicole Kiil-Nielsen, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Siiri Oviir, Raül Romeva i Rueda, Joanna Katarzyna Skrzydlewska, Marc Tarabella, Britta Thomsen, Marina Yannakoudakis
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Anne Delvaux, Christa Kläß, Mariya Nedelcheva, Norica Nicolai, Antigoni Papadopoulou, Rovana Plumb, Joanna Senyszyn
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Stanimir Ilchev